



DER #TAXTHERICH-INITIATIVE in den USA war bislang nicht allzu großer Erfolg beschieden. Joe Bidens Pläne, eine Vermögenssteuer einzuführen, scheiterten.

Wann, wenn nicht jetzt?

**Inflation, wachsende Vermögensungleichheit und riesigen Budgetlöcher machen VERMÖGENS-
STEUERN in vielen Ländern der Welt immer wahrscheinlicher. Noch wehren sich die Reichen.**

Nur wenige Stunden nachdem der Tod von Dietrich Mateschitz offiziell verkündet wurde, begann in den sozialen Netzwerken das große Rechnen. Wie viel Erbschaftssteuer müssten wohl die Erben des reichsten Mannes des Landes bezahlen, wenn es eine gäbe? Sieht man einmal von dem völlig missglückten Timing dieser Fragestellung ab, so wurde doch deutlich, dass dies eine Thematik zu sein scheint, die vielen aktuell unter den Nägeln brennt. Deutlich mehr Menschen als noch vor dem Krieg und der damit einhergehenden Inflation pochen heutzutage auf Verteilungsgerechtigkeit. Wie kann es sein, dass Reiche immer reicher

werden und Menschen im unteren Einkommensspektrum nicht einmal ihre Stromrechnungen bezahlen können? Ist es nicht längst an der Zeit, dass Millionäre einen größeren Beitrag in der Krise leisten? Eine Umfrage des Volkshilfe Sozialbarometers, die unter rund 1.000 Österreichern vor einer Woche durchgeführt wurde, kommt hier zu einer klaren Antwort: Acht von zehn Befragten sprachen sich für eine Vermögenssteuer welcher Art auch immer aus.

INSEL DER VERMÖGENDEN. Wobei Österreich aktuell so gut wie keine Vermö-

VON ANGELIKA KRAMER

genssteuer – mit Ausnahme der Grundsteuer – einhebt (siehe rechts). Innerhalb der OECD zählt Österreich mit einem Anteil vermögensbezogener Steuern an den Gesamtsteuern von 1,4 Prozent damit zu den Schlusslichtern. Zu Jahresbeginn ist die OeNB in ihrem „Household Finance and Consumption Survey“ zur Erkenntnis gelangt, dass hierzulande das reichste Prozent der Bevölkerung oder 39.000 Haushalte knapp 40 Prozent des gesamten Vermögens besitzen. Weltweit sieht die Vermögensungleichheit ähnlich aus: 62,5 Millionen Millionäre, die 1,2 Prozent der Weltbevölkerung ausmachen, verfügten laut „Credit Suisse Global Wealth Report“ im Jahr 2021 über fast 48 Prozent des weltweiten Gesamtvermögens. Auf der anderen Seite besitzen Menschen mit einem Vermögen unter 10.000 Dollar, also mehr als die Hälfte der Weltbevölkerung, nur etwas mehr als ein Prozent des Weltvermögens.

Dieses Auseinanderdriften wurde durch die aktuellen Weltkrisen noch zusätzlich verschärft und lässt auch immer mehr Experten und Politiker über steuerliche Umverteilung nachdenken. Katharina Pistor, renommierte Expertin in Vermögensverteilungsfragen an der US-Universität Columbia Law School, hält den Zeitpunkt für gekommen, in Europa Vermö-

genssteuern einzuführen: „Ich denke, die Einführung von Vermögenssteuern ist ein Gebot der Stunde. Die Grenze der Verschuldbarkeit für Staaten und Private ist überschritten. Es ist Zeit, neu über Steuern nachzudenken, weil sich das System so nicht mehr halten lässt“, glaubt sie (siehe auch Interview nächste Seite). Die Märkte geben ihr recht: Eine Steuerreform, die auch den Spitzensteuersatz für Reiche hätte senken sollen, scheiterte soeben in Großbritannien spektakulär. Die Börsen gautierten die reichenfreundliche Politik der inzwischen zurückgetretenen Premierministerin Liz Truss ebenso wenig wie die Bevölkerung.

Im sozialistisch regierten Spanien hat Präsident Pedro Sánchez bereits Nägel mit Köpfen gemacht. Die befristete Reichensteuer soll 2023 und 2024 bei Vermögen ab einer Höhe von mehr als drei Millionen Euro eingehoben werden. Betroffen wären



PEDRO SÁNCHEZ prescht in Spanien mit einer befristeten Reichensteuer vor. Sie soll 1,5 Mrd. Euro bringen.



ERBIN MARLENE ENGELHORN wünscht sich, dass der Staat sie mehr besteuert.

demnach etwa 23.000 Bürger. Der Staat geht von zusätzlichen Einnahmen für den Fiskus in Höhe von immerhin 1,5 Milliarden Euro aus.

Auch hierzulande wollen die SPÖ und die regierenden Grünen auf den Zug der Zeit aufspringen. Die Arbeiterkammer hat vergangene Woche ein Konzept vorgelegt,

wonach eine „moderne Vermögensbesteuerung“ in Österreich bis zu fünf Milliarden Euro einbringen könnte. Ohne Erbschafts- und Schenkungssteuer, wohlgeerntet.

Nachdem Sozialminister Johannes Rauch bereits seit Monaten mit der Idee einer Erbschaftssteuer für Millionenerben schwanger geht, scheint sich nun auch Vizekanzler Werner Kogler immer mehr – auch angesichts des jüngst präsentierten Budgetdefizits im Ausmaß von 17 Milliarden Euro für 2023 – dafür zu erwärmen. „Eine Steuer für Millionenerben wäre ökonomisch richtig und sozial gerecht. Diese Erbschaften werden in den kommenden Jahren massiv zunehmen. Das ist ein leistungsloses Einkommen für Erben. Es sei denn, es geht um Familienbetriebe, die sollen entsprechend ausgenommen behandelt werden“, so Werner Kogler in einem Interview mit dem „profil“.

misch richtig und sozial gerecht. Diese Erbschaften werden in den kommenden Jahren massiv zunehmen. Das ist ein leistungsloses Einkommen für Erben. Es sei denn, es geht um Familienbetriebe, die sollen entsprechend ausgenommen behandelt werden“, so Werner Kogler in einem Interview mit dem „profil“.

Vermögensbezogene Steuern

Anteil der vermögensbezogenen Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (in Prozent)

Korea	14,2%
Kanada	12,1%
Vereinigte Staaten	11,9%
Großbritannien	11,8%
Luxemburg	10,9%
Israel	9,9%
Australien	9,8%
Frankreich	8,8%
Japan	8,2%
Belgien	8,0%
Griechenland	7,9%
Schweiz	7,8%
Spanien	6,7%
Italien, Irland	5,7%
Niederlande, Dänemark, Portugal	4,2%
Finnland, Polen	3,6%
Norwegen	3,4%
Deutschland	3,3%
Ungarn, Lettland	3,0%
Schweden	2,2%
Slowenien	1,7%
Österreich	1,4%
Slowakei	1,4%
Litauen	1,0%
Estland, Tschechien	0,5%

ÖSTERREICH zählt OECD-weit zu den Schlusslichtern bei vermögensbezogenen Steuern. In den 1960er-Jahren lag der Anteil noch bei vier Prozent. Viele Länder wie Deutschland oder Frankreich heben Erbschafts- oder Schenkungssteuer ein beziehungsweise ist die Grundsteuer anders gestaltet.

Quelle: OECD 2021

FOTOS: LIGHTROCKET VIA GETTY IMAGES, EUROPA PRESS VIA GETTY IMAGES, ROBERT HAAS / SZ-PHOTO / PICTUREDESK.COM

100 Jahre BKS Bank

„Hundert Jahre Tradition bedeuten für uns **offen für Neues zu bleiben.**“

Mag. Dr. Herta Stockbauer
Vorstandsvorsitzende



100 Jahre Verantwortung und Nähe

BKS Bank

► Marlene Engelhorn ist eine dieser Erbinnen, die von ihrer Großmutter einen zweistelligen Millionenbetrag zu erwarten hat. Sie will, dass davon 90 Prozent in Form einer Erbschaftsteuer wieder an den Staat zurückfließen, denn: „So große Vermögen in privaten Händen bedeuten auch politische Macht. Das ist mit Demokratie nicht vereinbar.“ Der europäischen #taxmenow-Initiative, der auch Engelhorn angehört, ist allerdings bislang eher bescheidener Erfolg beschieden: Seit Anfang 2021 haben sich gerade 59 vermögende Unterzeichner gefunden, einige davon wollen anonym bleiben. Auch in den USA ist die #taxtherich-Bewegung vorerst gescheitert: Die von US-Präsident Joe Biden geplante Vermögenssteuer ist dem beginnenden Wahlkampf zum Opfer gefallen.

VERMÖGENDE MAUERN. Auch hierzulande, zumindest solange die ÖVP in der Regierung ist, messen Experten einer Vermögensbesteuerung nicht allzu große Chancen bei. Finanzminister Magnus Brunner hat die Idee jedenfalls bereits als sinnlos abgetan. Vor allem erfolgreiche Unternehmer wehren sich gegen Vermögenssteuern meist mit dem Argument, dass die Kapitalerträge hierzulande ohnehin schon sehr hoch besteuert werden und man dem Staat ausgabenseitig nicht traue. Die Industriellenvereinigung sprach in dem Zusammenhang gar von „Themenverfehlung“. „Bevor der Staat die Sparsamkeit, die Effizienz und Treffsicherheit von Ausgaben als Tugend noch nicht entdeckt hat: keine neuen Steuern!“, meint auch Berndorf-Eigentümer Norbert Zimmermann.

Speziell die komplizierte Datenerfassung und die Kapitalflucht werden immer wieder von Gegnern als Argument gegen eine Vermögenssteuer ins Treffen geführt. Letzterem könne man mit einer verschärften Wegzugsbesteuerung begegnen, bei der Datenerfassung könne man auf die Vermögenserhebung der Nationalbank zurückgreifen, kontert die Arbeiterkammer.

Während Reichensteuern hierzulande also wohl noch auf sich warten lassen, könnte es andernorts recht schnell gehen. Am jüngsten Parteikongress hat sich Chinas Ministerpräsident Xi Jinping für eine Art der Vermögensbesteuerung ausgesprochen, um den „gemeinsamen Wohlstand“ zu sichern. ■



„Das politische Momentum ist da“

Die international anerkannte Rechtswissenschaftlerin und Vermögensexpertin **KATHARINA PISTOR** spricht sich für die Einführung von Vermögenssteuern aus.

TREND: Was müsste passieren, um die Vermögensungleichheit global abzumildern? KATHARINA PISTOR: Man darf nicht alles zulassen und im Nachhinein dann erst alles besteuern. Das kommt meist zu spät und ist ineffektiv. Die Rechtsordnung ist eine soziale Ressource und man muss sich vorweg überlegen, wofür man diese Ressource zulassen will. Man sollte sich also fragen: Für welche Zwecke sollen Private die Möglichkeit haben, Vermögensgüter zu schaffen und diese auch rechtlich durchsetzen zu können? Ich bin mehr für Vorverteilung als für Umverteilung, auch wenn es ohne Umverteilung angesichts der großen Ungleichheiten nicht mehr gehen wird. Aber langfristig muss man sich die Frage stellen, wieso solche Reichtümer überhaupt entstehen können.

Das heißt, Sie wären nicht für die Abschaffung von Stiftungen oder Trusts? Das ist zu einfach, die werden dann ja auch rasch substituiert. Man kann sich aber fragen, unter welchen Bedingungen man diese Konstruktionen anerkennt. Wenn Institutionen einmal da sind, kann man sie schwer wieder abschaffen.

Und so etwas würde ja auch nur weltweit Sinn machen, oder? Nicht unbedingt. Es gibt schöne Beispiele, dass auch Länder mit internationalem Gewicht Gegengewichte aufbauen können. Nehmen wir etwa die Besteuerung digitaler Unterneh-

men, die von Frankreich auf den Weg gebracht wurde. Diesem Beispiel ist dann ein halbes Dutzend Länder gefolgt. Die Big Techs mussten sich dem letztlich unterordnen. Natürlich kann man streiten, ob die Steuer hoch genug ist, aber ich sehe das schon als Erfolg an. Unter den geopolitischen Voraussetzungen halte ich eine multilaterale Einigung für sehr schwierig.

Spanien ist ja aktuell auch Vorreiter bei der Millionärssteuer. Werden da auch weitere Länder folgen? Ja, ich denke, das politische Momentum ist da. Es gibt zwar immer den Einwand, dass die Unternehmen dann abwandern würden, aber es gibt einige Untersuchungen, die das in Frage stellen. Meist sind Unternehmen ja nicht nur wegen der Steuern in einem Land. Vermögen ist also klebriger, als viele denken. Auch der juristische Aufwand, das Vermögen zu transferieren, ist meist groß. Man verlegt einen Sitz nicht so schnell. Und aus Angst vor Abwanderung sollte man nicht versäumen, das zu tun, was gesellschaftlich richtig ist. Ich denke, die Einführung von Vermögenssteuern ist ein Gebot der Stunde. Die Grenze der Verschuldbarkeit für Staaten und Private ist überschritten. Es ist Zeit, neu über Steuern nachzudenken, weil sich das System so nicht mehr halten lässt.

Angenommen, die Verschuldung geht weiter, ohne dass Reiche verstärkt zur

Katharina Pistor (59)

lehrt Rechtsvergleichung an der Columbia Law School. Die gebürtige Deutsche ist Autorin des Bestsellers „Der Code des Kapitals – Wie das Recht Reichtum und Ungleichheit schafft“.

Kasse gebeten werden, was befürchten Sie dann?

Es muss ja nicht gleich eine Revolution sein, dafür sind wir zu gesettelt. Aber warum gab es denn in Großbritannien nach der Finanzkrise den Brexit? Oder welche Motive haben die Menschen, Trump zu wählen? Das kommt aus einer starken Frustration, die natürlich auf Ungleichheit zurückzuführen ist.

Seit einigen Jahren wird ja auch diese Bewegung, dass Reiche nach Besteuerung rufen, immer präsenter. Ist das ernst zu nehmen oder halten Sie das für einen Marketinggag? Schließlich könnten diese Reichen ihr Geld ja auch einfach spenden.

Es ist natürlich ein Tropfen auf den heißen Stein, aber mit einem Symboleffekt. Es kann auch ein wichtiger Anstoß für eine Vermögenssteuer sein. Aber zwischen Steuern und Spenden ist ein wichtiger ideologischer Unterschied: Beim Spenden ist es dem Spender komplett überlassen, wie er sein Geld investiert, und er überlässt es nicht dem Staat. Dass nur die Reichen bestimmen, wohin das Geld kommt, läuft meinem Verständnis von Demokratie entgegen.

In den USA ist ja Bidens Projekt einer Vermögenssteuer kürzlich gescheitert. Rechnen Sie dort auch mit einem neuen Momentum?

In den USA stehen ja Wahlen vor der Tür und es sieht für die Demokraten nicht allzu gut aus, also gehe ich davon aus, dass jetzt davon Abstand genommen wird.

Corona hat die Vermögensungleichheit in der Welt verstärkt, die Inflation wird den Trend vermutlich weiter verstärken, oder?

Davon gehe ich aus. Obwohl ich glaube, dass man eher ein gewisses Maß an Inflation zulassen sollte, anstatt die Wirtschaft in die Knie zu zwingen. Vor allem in Systemen, die stark auf Krediten basieren.

In Europa gibt es ja in vielen Ländern auch Maßnahmen zur Eindämmung der Inflation von Mietpreisdeckel bis zur Besteuerung von Energieübergewinnen. Sind das gute Rezepte? Ich glaube, dass

diese Maßnahmen sehr wichtig sind, denn die Preissteigerungen sind sektoral zu beobachten und nicht quer durch. Die Leute haben ja nicht zu viel Geld und zu wenig Güter, son-

dern wir haben eine Angebotsknappheit, die durch den Ukraine-Krieg und die Lockdowns in China verursacht wurde. Und wenn das so ist, muss man die Preise unter Kontrolle kriegen. Das können aber nicht die Zentralbanken tun. Selbst wenn die noch so sehr an der Zinsschraube drehen, werden wir nicht mehr Gas aus Russland bekommen.

In Ihrem Buch „The Code of Capital“ messen Sie Wirtschaftsanwälten ein hohes Maß an Einfluss auf die Vermögensverteilung zu, weil diese Schlupflöcher im Recht finden und ausnützen. Aber die Politik lässt ja diese Schlupflöcher zu, oder? Jein. Der Staat könnte natürlich regulieren, aber meist fehlen ihm die

Informationen, weil die Codierungen in den Anwaltskanzleien stattfinden. Nur selten kommen Transaktionen vor Gericht, noch viel seltener würde der Gesetzgeber anderweitig davon erfahren. Es sei denn, es gibt eine Krise. Nach einer Krise werden deshalb Gesetzgeber meist sehr aktiv. Außerdem besteht oft keine politische Einigung zur Abschaffung von Schlupflöchern. Und rechtliche Regeln sind meist unbestimmt, weil Gesetze der Allgemeinheit dienen. So entstehen inhärente Lücken. Das ist das Futter, von dem sich wieder die Anwälte ernähren.

Aber ist es nicht eine sehr bewusste Entscheidung der Politik, zum Beispiel Steueroasen zuzulassen? Steueroasen werden von bestimmten Ländern geschaffen, die sonst nicht wettbewerbsfähig wären. Ja, die Politik, sogar die Weltbank lässt diese Steueroasen zu. Es ist ja auch erstaunlich, dass Rechtsordnungen, die darunter leiden, die juristischen Konstruktionen dieser Steueroasen, wie zum Beispiel der Cayman Islands, anerkennen. **I**



Rechtsanwalt

Martin Schiefer

Zusammenarbeit neu denken

Der Auftraggeber schafft an, der Auftragnehmer muss liefern. Tut er es nicht, riskiert er seine Zahlung, seinen Vertrag und seine Glaubwürdigkeit. In Zeiten von Lieferengpässen, Supply-Chain-Schwierigkeiten und hoher Inflation ist diese Risikoaufteilung nicht mehr zeitgemäß. Wir brauchen ein neues Selbstverständnis über die Rollen in Geschäftsbeziehungen. Das Risiko ist enorm gewachsen, es kann nicht mehr von einem Partner allein getragen werden – insbesondere nicht zu den bislang üblichen Konditionen. Es braucht neue Vertragsmodelle und echte Kooperation mit Partnern auf Augenhöhe. Das Fundament dafür muss gegenseitiges Vertrauen sein, Vertrauen in den Partner und in die Leistung. Das bedingt weit mehr Transparenz. Das heißt: Wir müssen Zusammenarbeit neu denken.

[schiefer.at](https://www.schiefer.at)

Werbung | © belle&sass